



verwies, dass der Strassenbau und der Tourismus aus Töpfen finanziert werde, die im Grossen Rat überhaupt nicht diskutiert würden. «Es gibt dort nicht einmal ein Konzept, wie es bei der Kultur immerzu gefordert wird.»

Regierungsrat Martin Jäger ermahnte schliesslich die Grossräte erfolgreich, «in der Mitte zu bleiben, die Beiträge weder zu erhöhen noch zu kürzen und somit den Pfad der Tugend zu beschreiten».

Origen sorgt für Unmut

Ebenfalls ausführlich diskutiert wurde der mit einem eigenen Posten aufgeführte Beitrag für das Kulturfestival Origen in Riom, dessen Leistungsvereinbarung von 200 000 auf 250 000 Franken erhöht wird. Auslöser für die

In den Augen von Grossrat Lorenz Alig ist die Errichtung des Theaterturms auf dem Julierpass illegal.

Debatte war ein Antrag von Lorenz Alig. Der FDP-Grossrat verlangte, die Erhöhung für Origen zu streichen, denn in seinen Augen ist die Errichtung des Theaterturms auf dem Julierpass illegal. «Wie war es möglich, dass ein Turm ausserhalb der Bauzone errichtet werden durfte?», warf Alig in die Runde. Ausserdem seien die Kosten beim Turmbau aus dem Ruder gelaufen. «Es sind nun genug Mittel in den Julierturm geflossen.»

Derselben Meinung war beispielsweise BDP-Grossrätin Elisabeth Mani. Origen erhalte Millionen von Franken, dabei gebe es noch viele andere Kulturorganisationen – etwa die Walservereinigung. «Auch der Bündner Walsersweg ist ein Musterbeispiel für Wirtschaftsförderung, jedoch erhält die Walservereinigung keinen Franken vom Amt für Wirtschaft und Tourismus und aus anderen Töpfen.»

Hingegen verteidigte unter anderen FDP-Grossrätin Claudia Troncana das Kulturfestival Origen und dessen Julierprojekt. «Origen bringt im Gegensatz zur Walservereinigung sehr viel Geld von aussen in den Kanton.» Sie störe es zudem, wenn nun begonnen werde, die Regionen gegeneinander auszuspielen.

Zu ähnlichen Ansichten wie Troncana gelangte die Mehrheit des Grossen Rats. Aligs Antrag wurde mit 87:19 Stimmen deutlich abgelehnt.

Regierung will keine umfangreiche Tourismusstudie

Regierungsrat Parolinis geplante, breit angelegte Studie für 400 000 Franken stiess bei den Regierungskollegen trotz Tourismuskrise nicht auf Gegenliebe.

von Madleina Barandun

Womit könnten die Gäste wieder nach Graubünden gelockt werden? Dies war gestern im Grossen Rat vorder- und hintergründig immer wieder ein Thema. Vor allem das touristische Potenzial, das von kulturellen Projekten wie Netzers Julierturm ausgeht, wurde lang und breit diskutiert. Eine tief greifende Studie über die Wertschöpfung des Tourismus, die das Amt für Wirtschaft und Tourismus durchführen wollte und die im August von der Regierung abgelehnt wurde, fand jedoch nicht gross Beachtung im Rat. Sie war lediglich Thema für die Geschäftsprüfungskommission, die beantragte, das Budget um die für die Studie nötigen 400 000 Franken zu kürzen.

Nach zehn Jahren wäre es an der Zeit, genau zu evaluieren, wie stark der Kanton Graubünden tatsächlich vom Tourismus abhängig sei, meinte der für die Studie zuständige Regierungsrat Jon Domenic Parolini. «Die Logiernächte sind wohl ein Indikator

dafür, wie es in den Hotels des Kantons aussieht. Ansonsten sagen sie aber nicht sehr viel über die Trends und Entwicklungen im Tourismusgeschäft aus», meinte er weiter. So würden zum Beispiel Fünfstern-Gäste heute weniger Geld ausgeben als noch vor einigen Jahren, worauf ein Vertreter der Hotellerie Parolini kürzlich hingewiesen hatte.

Die Studie hätte die Wertschöpfung des Tourismus im Kanton in einen grösseren Zusammenhang gestellt. «Wir wollten untersuchen, was das lokale Gewerbe am einzelnen Gast verdient. Solche Studien sind in anderen Kantonen erfolgreich durchgeführt worden und eröffneten neue Einsichten.» In Graubünden hätte man insbesondere auch regionale Unterschiede in der touristischen Entwicklung aufzeigen und politische Schlüsse daraus ziehen können. In der Regierung wurde dieses Projekt diskutiert, sie entschied sich aber gegen die Umsetzung, wie Parolini sagte. Die Regierung habe erklärt, man wolle im Bereich Tourismus lieber andere Prioritäten setzen.

Andiast und Waltensburg werden Teil von Breil/Brigels

Aus Andiast, Breil/Brigels und Waltensburg/Vuorz wird ab dem 1. Januar 2018 die neue Gemeinde Breil/Brigels. Das hat der Bündner Grosse Rat gestern Nachmittag ohne Misstöne beschlossen. Zahlreiche Vertreter der drei Gemeinden hatten die Diskussion im Parlament auf der Tribüne verfolgt.

Dass die drei Gemeinden jetzt fusionieren, ist so selbstverständlich nicht. 2012 hatte Waltensburg bei einem ersten Anlauf Nein zu einer solchen Fusion gesagt. Kritikpunkt war damals der Bau einer neuen Verbindungsstrasse zwischen Waltensburg

und Brigels. Zwar wird auch jetzt eine solche Verbindungsstrasse für über fünf Millionen Franken gebaut werden, allerdings in einer Dimension, die «den Durchgangsverkehr nicht fördert», wie es in der Botschaft der Regierung heisst. Es werde zudem ein Car- und Lastwagenfahrverbot erlassen. Ebenfalls nehme man vor und nach dem Bau der Strasse Verkehrszählungen vor.

Als kantonale Anschubhilfe erhält die neue Gemeinde 4,05 Millionen Franken, dazu kommt eine Sonderleistung von 2,0 Millionen Franken für den Bau der Verbindungsstrasse. (so)

Cavigelli-PUK wird heute eingereicht

Die SVP-Fraktion des Grossen Rats reicht heute ihre Forderung nach einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) zu den Vorfällen rund um die Debatte zur Sonderjagdinitiative und zum Vorgehen des zuständigen Regierungsrats Mario Cavigelli (Ausgabe vom Montag). Das bestätigte gestern Abend SVP-Fraktionspräsident Jan Koch. Cavigelli hatte anlässlich der parlamentarischen Debatte 2014 den Hinweis unterlassen, dass es für den Bund nicht offensichtlich sei, dass die Sonderjagdinitiative gegen Bundesrecht verstosse, wie er selbst das behauptete.

Die SVP sei «fair» gegenüber Cavigelli und lasse diesen zuerst in der Fragestunde zu Wort kommen, bevor dann die SVP den Auftrag für eine PUK einreiche. Insbesondere will Koch heute Morgen von der Bündner Regierung wissen, ob diese die SVP-Meinung teile, dass die verheimlichte Stellungnahme des Bundes für eine faire Debatte notwendig gewesen wäre. Wissen will Koch auch, ob die Gesamtregierung von der abweichenden Haltung des Bundes überhaupt Kenntnis hatte. (so)

Politik stützt die Sprachen

Gleich drei Vorstösse beschäftigten sich gestern mit der Bündner Mehrsprachigkeit und mit der Bündner Medienlandschaft. Sowohl ein Auftrag des Misoher CVP-Grossrats Rodolfo Fasani als auch eine Anfrage von SP-Grossrat Manuel Atanes aus San Vittore und eine weitere des Ilanzer CVP-Grossrats Aurelio Casanova wurden überwiesen.

Fasani machte sich Sorgen um die Schweizer Mehrsprachigkeit. Dies, weil einige Kantone mit ihren Entscheiden das Erlernen einer zweiten Landessprache aufs Spiel setzen würden. Die Bündner Regierung soll deshalb beim Bundesrat intervenieren, so Fasani.

Zeitung muss man auch lesen

Italienischsprachige Medien für Südbünden will Atanes fördern. Mit seiner Forderung, diese zu erhalten, stiess er auf Zustimmung auch seitens der Regierungsbank. Auf Zustimmung stiess auch Casanova mit seiner Forderung, die romanische Tageszeitung «La Quotidiana» langfristig zu sichern. Allerdings wurde auch kritisch angemerkt, dass man die «Quotidiana» auch abonnieren und nicht nur über ihre Rettung reden solle. (so)

n
ehr

udget um 1,5 Millionen
50 000 Franken budgetierte

der Erhöhung um 1,5 Millionen Franken zwar einen Schritt in die richtige Richtung mache, jedoch noch lange nicht am Ziel sei. Die Erhöhung komme nämlich mehrheitlich den Sing- und Musikschulen zugute. «Die Zukunft liegt in der Kreativwirtschaft, dort kann sich Graubünden weiterentwickeln», appellierte Locher-Benguerel. Deshalb stelle sie den Antrag, die Beiträge für Institutionen und Dachverbände anstatt um 190 000 Franken um 400 000 Franken zu erhöhen. «Wir dürfen nicht auf das Kulturkonzept warten, sondern müssen jetzt damit beginnen, die Beiträge zu erhöhen, damit das Geld wirken kann.»

SP-Grossrat Peter Peyer sekundierte Locher-Benguerel, indem er darauf

Bild des Tages: Den Polsterstuhl gegen den Melchschemel getauscht



Der Grosse Rat hat gestern den Schritt hin zum ländlichen Graubünden gewagt. Allerdings blieb man in der «Alphütte» dann doch unter sich.

Bild Yanik Bürki

Der Grosse Rat

Im Fokus

Gestern hat der Grosse Rat:

- das Budget mit einem Defizitbetrag von 23,2 Millionen Franken beschlossen;
- eine Teilrevision des Gesetzes über die Gemeinde- und Kirchensteuern gutgeheissen. Diese schliesst eine Rechtslücke.

Heute wird der Grosse Rat:

- die Fragestunde bestreiten;
- zahlreiche parlamentarische Vorstösse und Anfragen diskutieren;
- die Dezembersession beenden.